

## Aussiedler als Migranten (22. August 1988)

### Kurzbeschreibung

---

In der Einwanderungsdebatte wurden die deutschen Aussiedler aus Osteuropa, die mehr als vierzig Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs „zu Hause“ in Westdeutschland begrüßt wurden, oft ignoriert. Ihre „Rückkehr“ aus Ländern wie Polen, Rumänien und der Sowjetunion fand im Kontext der Entspannungspolitik statt.

### Quelle

---

„Jetzt bin ich hier, jetzt reicht's mir“

SPIEGEL-Report über die Aussiedler und ihre Aufnahme im Westen

*Gut vierzig Jahre nach der Vertreibung ist wieder ein Flüchtlingstreck unterwegs: Deutsche aus Kasachstan und Usbekistan, aus Siebenbürgen, dem Banat, Schlesien, Pommern und Ostpreußen kommen zurück ins „Vaterland“.*

*Mit 200 000 Aussiedlern in diesem Jahr rechnet die Bundesregierung. Doch Fremdenfeindlichkeit, Wohnungsnot und bürokratische Prozeduren lassen die Heimkehr nach Jahrhunderten zur bitteren Erfahrung werden.*

Sie heißen Schäfer, Heinemann, Hildebrandt und Gärtner. Hin und wieder ist auch ein Ryschkow dabei, und der heißt dann mit Vornamen Boris, alles ganz vertraut.

Die älteren unter ihnen sprechen meist fließend Deutsch, etwas altertümlich zwar im Satzbau, doch dem Klang nach Schwäbisch, mit russischen Lauten vermischt.

Sie kommen als Deutsche zu Deutschen, bleiben denen aber erst einmal fremd. Die Bundesrepublik kennen sie nur aus Briefen und vom Hörensagen. Sie verbinden kaum mehr mit diesem Land als die vage Vorstellung von einer besseren Zukunft und die langgehegte Sehnsucht, hier zu leben.

Ihr weiter, mühseliger Weg in das Gelobte Land beginnt im asiatischen Süden der Sowjet-Union, im kirgisischen Tianschan-Gebirge an der Grenze zu China oder im tadschikischen Hochland nahe Afghanistan. Dort, auf den Bahnhöfen von Frunse oder Duschanbe sammeln sie sich zur Abfahrt in eine unbekannte Heimat, rund 6000 Kilometer und zwei bis drei Wochen Bahnreise von ihrem Ziel entfernt – deutschstämmige Aussiedler auf dem Weg nach Westen.

Wenn der Zug die Hungersteppe östlich des Aralsees und das Tiefland von Turan durchquert hat, steigen – mit dem gleichen Ziel – Passagiere aus den Sozialistischen Sowjetrepubliken Kasachstan und Usbekistan zu. Wiederum sind es Hunderte von Arbeitern, Bauern und Handwerkern, die Haus, Hof und Werkstätten verlassen, nur mitführen, was sie gerade noch tragen können: notdürftig geschnürte Wäschepakete, vollgestopfte Koffer und zerschlissene Kartons.

Westlich des Urals, der den europäischen vom asiatischen Teil der UdSSR trennt, kommen Dorfbewohner aus dem Kaukasus dazu, in Moskau und Minsk reihen sich Bürger aus Litauen und der Ukraine ein. Westlich der sowjetischen Grenze verdichtet sich der Zug der Reisenden zum großen Treck, zur sozialismudemüden Internationalen: Da packen Zehntausende deutschpolnischer Bergleute und Landarbeiter aus Wroclaw und Poznań ihren Hausrat zusammen und zockeln mit dem Polski-Fiat gen Westen. Und aus den rumänischen Karpaten, aus Städten wie Cluj oder Sibiu sowie aus zahlreichen

---

Dörfern kommen deutschstämmige Siedler hinzu.

Viele von ihnen, mehrfach zwangsumgesiedelt und nirgendwo verwurzelt, erreichen in der Bundesrepublik Deutschland die Endstation ihrer Träume, an deren Erfüllung sie schon nicht mehr geglaubt hatten. „Das ganze Leben hab' ich ein deutscher Mensch sein wollen“, sagt die Rußlanddeutsche Valentine Benz, 58, die über Odessa, Polen, sibirische Arbeitslager und Kasachstan kam, „jetzt bin ich hier in Deutschland. Jetzt reicht's mir.“

Sie reden alle ganz unbekümmert vom „Vaterland“, freuen sich, „daheim im Reich“ zu sein. Doch in der wiedergefundenen Heimat empfängt sie kein Jubel, kein feierliches Zeremoniell. Da gibt es allenfalls das stille Glück, wenn eine Familie zusammenfindet und ein Vater seinen Sohn umarmt.

Schon die ersten Eindrücke sind nicht die besten. Wenn die Spätaussiedler nachts, entkräftet und verstört, im Durchgangslager aus den Bussen klettern, müssen sie – wie in Nürnberg- Langwasser – erleben, daß nur ein Mann die Begrüßung übernimmt – einer von der Wach- und Schließgesellschaft mit schwarzer Uniform und Dienstpistole, der die Aussiedler barsch einweist und herumkommandiert.

[...]

Der Exodus aus der Sowjet-Union und den sozialistischen Volksrepubliken Polen und Rumänien, von westdeutschen Politikern jahrzehntelang gefordert, wird nun, da er so vehement einsetzt, zum innenpolitischen Problem. Zwar erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl die Integration der Aussiedler zur „nationalen Aufgabe“, appellierte an die Bundesbürger, „gemeinsam alle Anstrengungen zu unternehmen, um den zu uns kommenden Landsleuten dabei zu helfen, hier schnell heimisch zu werden“.

Doch das Pathos der Politiker entspricht nicht der Stimmung im Lande. Den Landsleuten aus den Karpaten oder Kasachstan schlägt unter Einheimischen spürbar Mißtrauen, Verdruß und Verständnislosigkeit entgegen.

Ältere Bundesbürger, die noch das Elend der Nachkriegsjahre in Erinnerung haben, wollen nicht wahrhaben, daß es jetzt, 43 Jahre nach Kriegsende, immer noch oder plötzlich wieder Aussiedler zuhauf geben soll. Jüngere, denen die historischen und politischen Hintergründe nicht geläufig sind, finden die radebrechenden Einwanderer in ihren altmodischen Gewändern, Kopftüchern und Filzschuhen nur komisch.

Und allenthalben grassiert unter Westdeutschen die Furcht, ein Heer von Wirtschaftsflüchtlingen und Schmarotzern mache sich über ihre Arbeitsplätze, preisgünstigen Wohnungen und die Sozialhilfe her, könne ihnen das Leben erschweren und den Wohlstand mindern. Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland sorgt sich: „Zur Zeit werden auch Aussiedler neben Gastarbeitern und Asylanten als Fremdkörper empfunden.“

Aussiedler-Betreuer in Nürnberg registrieren eine „bedrohlich zunehmende Fremdenfeindlichkeit“, der SPD-Stadtrat Siegfried Pogadl, im Hauptberuf stellvertretender Lagerleiter in Unna-Massen, hört im Dortmunder Stadtteil Schamhorst, wo 4000 Polen-Aussiedler einquartiert wurden, mitunter „ganz komische Sprüche“, etwa den: „Das ist ja hier bald wie in Polen, das kann doch nicht so weitergehen, die nehmen uns die Arbeitsplätze weg.“

Die Rußlanddeutsche Maria Röster, die seit über einem Jahr mit Ehemann und drei Kindern in einem Tübinger Wohnheim lebt, wurde von der Hausverwaltung mit „Strafe“ bedroht, „weil wir nicht gehen raus“. Ihre Erklärung:

Wir sitzen in einem Zimmer und wissen nicht, wo rausgehen. Es sind keine Wohnungen. Und die Leute

---

haben Angst vor uns. Sie möchten nicht Aussiedler. Das ist erstens. Zweitens: Wir haben keine Arbeitsplätze. Die möchten uns nicht. Was sollen wir tun? Wohin? Ein Zelt kaufen?

Ähnlich die Erfahrungen von Hildegard Gärtner, 35, die schon vor acht Jahren aus einem Dorf in Siebenbürgen kam und sich dort „immer als Deutsche gefühlt“ hat. „Hier“, sagt sie, „waren wir plötzlich die Ausländer.“

In deutschen Amtsstuben werden Aussiedler schon mal abwertend „Polakke“ oder „Russki“ genannt. Die Verkäuferin in einem Göttinger Supermarkt, nahe dem Durchgangslager Friedland, sagt über die einkaufenden Neuankömmlinge, sie sollten „doch bleiben, wo sie herkommen, uns nehmen sie die Arbeit weg“.

Seit einem Vierteljahr kommen monatlich bis zu 20 000 Aussiedler, und am Ende des Jahres werden es nach Bonner Schätzung 200 000 sein. Es sind fast ausschließlich „Deutsche im Sinne des Grundgesetzes“, deren Schicksal jahrzehntelang eine Herzensangelegenheit der Bonner Außenpolitik war und deren Aufnahme nun als „nationale Herausforderung ersten Ranges“ (so Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth) empfunden werden sollte.

Kanzler Kohl mahnt Politiker und Mitbürger, „diese Landsleute mit offenen Armen zu empfangen“. Weil sie aber so zahlreich kommen, müssen viele erst mal in schäbigen Baracken, Turnhallen und Zelten übernachten.

Seit Konrad Adenauer bemühte sich die Bundesregierung immer wieder vergeblich, die versprengten und bedrängten Deutschen im Osten mit ihren Verwandten im Westen zusammenzuführen. Es gelang nur in Ausnahmefällen, scheiterte meist an der ablehnenden Haltung der Ostblockstaaten, die ihre deutschen Minderheiten als Druckmittel und Faustpfand betrachteten. Doch nun dürfen womöglich, als sei der Eiserne Vorhang weggezogen, auf einmal alle kommen, wenn sie wollen und können. Das wären noch

→ knapp zwei Millionen Rußlanddeutsche, Nachfahren der Auswanderer, die einst an der Wolga und am Schwarzen Meer gesiedelt hatten, von Stalin in die unwirtlichen Steppen Asiens deportiert und von den Nazis in den eroberten polnischen Warthegau geholt worden waren;

→ etwa eine dreiviertel Million Pommern, Schlesier und Ostpreußen im derzeitigen Staatsgebiet Polens, die von der Vertreibung verschont geblieben waren, aber ausnahmslos enteignet und ihrer Minderheitenrechte beraubt wurden;

→ rund 230 000 Siebenbürger Sachsen, Banater und Sathmarer Schwaben aus Rumänien, deren Vorfahren teilweise schon vor 800 Jahren ins Karpatenland eingewandert waren und in Orten wie Klausenburg (Cluj) oder Hermannstadt (Sibiu) deutsche Kulturtradition pflegten, die unter dem Regime des rumänischen Staatschefs Nicolae Ceauçescu systematisch zerstört wird.

Das Deutsche Rote Kreuz rechnet für die nächsten Jahre mit weiteren 1,4 Millionen ausreisewilligen Deutschen aus Osteuropa und den asiatischen Sowjetrepubliken. „Die Realität holt unsere Forderungen ein“, so Bayerns Staatskanzleichef Edmund Stoiber Ende Juli, „das Rinnsal wird plötzlich zu einem Strom.“

Dem Caritasverband, der jährlich höchstens 50 000 Aussiedler betreuen kann, droht nach eigenem Bekunden „in diesem Jahr der komplette Kollaps“. Aus „immer mehr Ortsstellen“, berichtet ein Verbandssprecher, „erreichen uns verzweifelte Hilferufe“.

Friedland, Unna und Nürnberg, die drei großen Aufnahme- und Durchgangslager für Aussiedler in der Bundesrepublik, die den Menschenstrom in die Bundesländer und Kommunen kanalisieren sollen,

---

können die Aufgabe kaum mehr bewältigen. Friedland-Leiter Randolph Brand: „Die Situation hat dramatische Züge.“

In dem niedersächsischen Grenzlager erinnern die Zustände an die grauen Nachkriegsjahre der Vertriebenen trecks und Kriegs-Spätheimkehrer. Das Essen wird in Feldküchen ausgegeben; die Aussiedler – derzeit über 3200 statt maximal 1800 – werden auf Massenquartiere in Turnhallen und Schulräumen verteilt. Ein Lagerbetreuer urteilt: „Eine Legehenne in der Batterie hat in ihrem Käfig mehr Platz.“

[...]

Längst sind auch die zahlreichen von Ländern und Kommunen bereitgestellten „Übergangwohnheime“ für Aussiedler überfüllt. Die Gemeinden mieten Hotelzimmer und Pensionen an. Um überhaupt eine Unterkunft zu bekommen, wird den Aussiedlern auch schon mal empfohlen, sich als Asylbewerber auszugeben. Viele leben deshalb seit Wochen in Obdachlosenheimen.

Doch fast alle Aussiedler sind, so die Erfahrungen ihrer westdeutschen Betreuer, von „unerschütterlicher Zuversicht“, „stoischer Ruhe“ und bereit, „große Strapazen auf sich zu nehmen“ – letztlich froh, daß sie überhaupt in den „freien Westen“ ziehen durften.

Daß nun so viele dürfen, hat mannigfache Ursachen. In der UdSSR werden Antragsteller, die jahrzehntelang der Willkür der Sowjetbehörden ausgesetzt waren, seit Januar 1987 ganz korrekt nach einer neuen Ausreiseverordnung behandelt: Sie gestattet allen Sowjetbürgern die Ausreise, die sich bei der Volkszählung von 1979 zu ihrer deutschen Nationalität bekannt hatten und eine Einladung naher Angehöriger im Ausland vorweisen können.

Der Paßeintrag „Deutscher“ trug den Bekennern zwar jahrelang Nachteile ein, etwa bei der Arbeitsvermittlung oder der Wohnungszuteilung, bewirkte seit Gorbatschow jedoch, daß die Ausreiseanträge – vordem zigfach abgelehnt – jetzt in kurzer Frist und nach dem Eindruck des Bonner Auswärtigen Amtes auch „recht großzügig“ beschieden werden.

In der Volksrepublik Polen, wo es nach amtlicher Lesart gar keine Deutschen mehr gibt und mithin auch keinen Anlaß zur Familienzusammenführung, erhielten dennoch von Januar bis Juli über 10 000 Bürger die Aussiedlungserlaubnis – mehr als je zuvor in einem vergleichbaren Zeitraum.

Doch das Gros derer, die aus Polen kommen – 40 000 im letzten Halbjahr – sind zunächst einmal Touristen, die das Land fast ungehindert verlassen dürfen. Nach ihren Berichten ermuntern die polnischen Behörden ausreisewillige Bürger sogar, den Aus-Weg mit Besuchervisum zu suchen – wohl wissend, daß die Touristen kaum mehr als polnische Staatsbürger zurückkehren werden.

Was sich da so großzügig und tolerant ausnimmt, soll der Volksrepublik in Wahrheit doppelt nutzen. Zum einen erhofft sich die Warschauer Regierung davon eine Entlastung von innerem Druck und der katastrophalen Versorgungslage; zum anderen will der polnische Staat, im Westen hoch verschuldet, ganz ungeniert Devisen kassieren.

[...]

Daß Geld die Schleusen für Aussiedler weit öffnet, ist im Fall Rumänien seit zehn Jahren gängige Praxis, scheint aber nun ebenso gigantische wie groteske Formen anzunehmen. Die Bundesrepublik Deutschland, die sich 1978 auf eine geheime Vereinbarung mit Bukarest einließ, bezahlt seitdem schon 8000 Mark Kopfgeld für jeden Ausreisenden an die rumänische Staatsbank. Bislang sind so 120 000 Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben für insgesamt rund eine Milliarde Mark freigekauft worden.

---

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der Ende letzten Jahres in Bukarest über eine Verlängerung und Ausweitung der bislang auf 12 000 Personen jährlich beschränkten Aussiedlervereinbarung verhandelte, erfuhr, daß die Ware Mensch inzwischen viel teurer geworden ist. Rumäniens Ceauşescu verlangt jetzt 15 000 Mark pro Person.

[...]

Verständlich, daß eine Denkschrift der Landsmannschaften, die Außenminister Genscher mit auf den Weg gegeben wurde, wie ein Notschrei klingt: In ihrer alten Heimat gebe es nur noch einen „längst nicht mehr sanierbaren, entwurzelten und hoffnungslos zersplitterten Rest der einstigen geschlossenen Volksgruppen“, so das Memorandum: „Die Auswanderung ist eine kollektive Flucht aus dem nationalen Untergang.“

Aussiedler anno 1988 – das ist indes keine neugermanische Völkerwanderung, sondern eine deutsche Wiedergutmachung an jenen Auswanderern, Ausgegrenzten oder Ausgebeuteten, die, direkt oder indirekt, am längsten darunter zu leiden hatten, daß einst die halbe Welt am deutschen Wesen genesen sollte.

Daß völkisches Denken die Sache bewegt, wenn etwa Bewohner Sibiriens auf einmal zu Deutschen werden, darüber spekuliert besonders gern die Presse im westlichen Ausland. So wunderte sich beispielsweise das New Yorker „Wall Street Journal“ über die „besondere deutsche Definition der Staatsangehörigkeit“. Gemeinhin sei der Geburtsort dafür ausschlaggebend, räsionierte das Blatt, „doch in Deutschland zählt das Blut“.

Der Verdacht ist abwegig. Vielmehr erklärt sich gerade aus der historischen Hypothek der NS-Ära das Verfassungsgebot, auch Spätaussiedlern und „Abkömmlingen von deutschen Volkszugehörigen“ zu den Rechten eines Bundesbürgers zu verhelfen – einschließlich Staatsbürgerschaft. Im Amtsdeutsch des Bonner Justizministeriums lautet die spezielle Rechtsdefinition des deutschstämmigen Aussiedlers denn auch: „Deutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit einem besonderen, staatsangehörigkeitsähnlichen Status“.

Aussiedler schockiert es andererseits häufig schon, wenn sie nicht als richtige Deutsche akzeptiert werden. „Wenn ich 200 Jahre Deutschtum bewahrt habe“, so Anton Bosch von der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland, „dann will ich nicht als Russe, Sowjetdeutscher oder Deutschrusse bezeichnet werden. Das ist, was uns innerlich weh tut.“ Eine 30jährige aus Polen bekundete in Bonn ganz offen, was Sache ist: „Wir waren drüben die deutschen Schweine, hier sind wir die Polacken.“

Quelle: „Jetzt bin ich hier, jetzt reicht’s mir“, *Der Spiegel*, Nr. 34/1988, S. 44-58. © DER SPIEGEL. Wiedergabe auf dieser Website mit Genehmigung des Spiegel Verlags. Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13530819.html>

Empfohlene Zitation: Aussiedler als Migranten (22. August 1988), veröffentlicht in: German History in Documents and Images, <<https://germanhistorydocs.org/de/zwei-deutsche-staaten-1961-1989/ghdi:document-5036>> [26.04.2024].